

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O34, Memeler Straße 80.
Fernsprecher: E7, Wechsel 407L. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband Hauptvorstand, Berlin O34, Memeler Straße 80 (Postfachkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 M.,

Nummer 17

Berlin, den 24. April 1931

43. Jahrgang

Arbeiter! Angestellte!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Proletarier aller Länder, fällt in diesem Jahre in eine Zeit der größten Bedrängnis. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor. Mit ihr wuchs die Unsicherheit der Existenz für alle auch in Arbeit Stehenden; denn keiner weiß, wann ihn das Schicksal in die Reihen der Erwerbslosen stößt. Daneben wirken sich all die sonstigen Begleiterscheinungen der Krise aus. Die Löhne werden gedrückt, an der Sozialversicherung wird gespart. Vieles von dem, was gefestigt schien, wird von den Unternehmern unterminiert. So wie immer solche kritischen Zeiten ausnutzen.

Wäre der 1. Mai ein Feiertag wie so viele andere, dann könnte gefragt werden, ob es sich lohne, ihn in einer solchen Zeit zu feiern. Aber der 1. Mai ist ein Kampftag und wird es bleiben. Als die Arbeitszeit noch endlos lang war, da demonstrierten die Arbeiter für den Achtstundentag. Es war ein Kampf, den anfangs nur wenige ausstießen, die verlacht und verhöhnt wurden. Aber ihre Zahl wuchs, und mit ihnen wuchsen ihre Erfolge. Heute ist der Achtstundentag überall grundsätzlich auch vom Gesetzgeber anerkannt.

Und wenn neben dem Achtstundentag am 1. Mai seit jeder der Ausbau des Arbeiterschutzes, der Sozialgesetzgebung gefordert wurde: heute haben alle Länder auch darin große Fortschritte gemacht. Uns geht das alles nicht weit genug, den Unternehmern geht es zu weit, darum ihr Kampf gegen alles, was errungen wurde.

Heute, in dieser schweren Zeit, hat der 1. Mai erhöhte Bedeutung. Wenn wir auch in die Verteidigungsstellung gedrängt sind, wir nehmen den Kampf auf. Und nicht nur das, wir stecken dabei neue Ziele. Es geht nicht mehr um den Achtstundentag. Er genügt nicht mehr.

Die 40-Stunden- oder die Fünftageswoche ist es.

die wir heute fordern und der unser gewerkschaftlicher und unser politischer Kampf gilt. Unsere Arbeitsbrüder müssen von der Straße weg in die Betriebe. Arbeitsbeschaffung ist es zu schaffen, und da gibt es kein Mittel, das so rasch wirkt wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum unsere neue Losung, die am 1. Mai von der gesamten Arbeiterschaft aufgeführt werden muß. Dafür demonstrieren wir.

Und den Unternehmern und allen, die ihnen folgen wollen, rufen wir am 1. Mai mit allem Nachdruck zu:

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung

Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Einrichtungen gerüttelt werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir haben nicht mehr im alten Obrigkeits- und Militärstaat. Soziale Gerechtigkeit ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahre: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein.

Eine neue Losung bedeutet neue Kämpfe. Mit Erfolg kann die Arbeiterschaft nur kämpfen, wenn sie einig und geschlossen ist. Deshalb stärkt und festigt eure Reihen. Hinein in die Verbände, hinein in die Gewerkschaft. Proletarier vereinigt euch, in diesem Zeichen werdet ihr siegen.

Hoch der 1. Mai!

Demonstriert! Folgt dabei den von den zuständigen örtlichen Stellen gegebenen Anweisungen.

Allgemeiner
Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner
freier Angestelltenbund

Osterüberraschung

Tuchfabrikanten erhöhen die Preise.

Der Verband der München-Glabbacher Tuchfabrikanten hat die Öffentlichkeit mit der Bekanntgabe überrascht, daß es unmöglich geworden sei, fühlbare Preiserhöhungen durchzuführen, und zwar, sei dies besonders der Konfektion unterbreitet, damit sie sich, ehe sie die neue Kalkulation aufstellt, vorher auf diese neue Entscheidung der Tuchfabrikanten einstelle.

Damit wäre die Preisabbauaktion, die man auch in der Textilindustrie so bombastisch proklamiert hatte, endgültig zu Ende. Man ist erst gar nicht richtig dazu gekommen, hier die Preise zu senken, und man benutzt den günstigen Augenblick, da die Rohstoffe etwas im Preise steigen, der Öffentlichkeit eine neue Preiserhöhung der Fertigfabrikate plausibel zu machen. Wie das Handelsblatt der „Börsen Zeitung“ mitteilt,

wird durchschnittlich 50 Pfennig pro Meter, also je nach Qualität 8 bis 10 Proz. mehr verlangt. Aber auch diese Preiserhöhungen werden nur als erste Nachwirkung, und die neuen Preise als Ubergangspreise bezeichnet, da das schließlich: Ausmaß der Preiserhöhungen auf dem Rohstoffmarkt noch nicht feststeht. Das genannte Blatt fügt noch hinzu:

In Wolltextilien wird — und wohl nicht zu unrecht — darauf hingewiesen, daß man's vor Tische anders las. Als die Wollpreise um fast 40 Proz. gesunken waren, wurde erklärt, daß eine solche Preiserhöhung beim Fertigfabrikat kaum mehr als 5 Proz. ausmache. Wenn nunmehr eine fast 10proz. Erhöhung als noch nicht ausreichend bezeichnet werde, so weist man nachdrücklich auf die Gefahren einer solchen Preispolitik für den Absatz hin. Durch die Besteuerung der Fertigbekleidung könnte die erfreuliche Geschäftsbelebung, die gerade in den letzten Wochen eingeleitet hat, recht fühlbar gedrosselt werden."

Textilarbeiter stehen zum DTAV.

Neue Ergebnisse zur Betriebsrätewahl.

Wir lassen weitere Meldungen über die stattgefundenen Wahlen folgen:

In Augsburg haben die organisierten Textilarbeiter ihre Position fest behauptet, trotzdem die radikale Linke in halber Eintracht mit dem Unternehmertum einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben versuchte. Was die sogenannte Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition bei den Betriebsrätewahlen in der Spinnerei am Stadtbach und in der Großen Fabrik an Verleumdungen und Beschimpfungen gegenüber unseren Kollegen sich geleistet hat, geht über alle Grenzen. Das Resultat lautet: 136 Mandate für den DTAV; 42 für die Christen; 8 für die KPD.

In Bayreuth erhielt der DTAV in drei Betrieben 18 Mandate, während einige Werkvereine 4 Mandate bekamen. In den übrigen 4 Betrieben wurde nur unsere Liste eingereicht.

Aus Crimmitschau berichtet man: Es liegen noch nicht alle Ergebnisse vor. Von den 46 Betrieben hat auch in diesem Jahre nur ein einziger eine sogenannte „Rote Einheitsliste“ der KPD zur Durchführung bringen können.

Düren. Hier erhielt der DTAV 25 Mandate, die Christen 20, die Nazis 1. Obwohl die KPD großen Lärm vor der Wahl schlug, gelang es ihr in keinem Betriebe, eine Liste zusammenzubringen.

Joest (Causth). Bisher sind die Resultate von 50 Betrieben eingegangen, eine Anzahl größerer Betriebe steht noch aus. Es erhielten der DTAV 290 Mandate, die KPD 2. Weitere Erfolge der KPD werden voraussichtlich kaum in Frage kommen.

Färsener Hanfwerke: DTAV 9 Mandate, Christen 1.

Hamburg. Es haben noch nicht alle Betriebe berichtet. Immerhin kann bis jetzt festgestellt werden, daß wir in den Großbetrieben die Mehrheit haben. Selbst der Betrieb der Firma Bismack u. Kobach, welcher von den Moskajungern immer als der rote Betrieb bezeichnet wurde, hat trotz

aller Anstrengungen nicht von der KPD gehalten werden können.

Kaufbeuren (Spinnerei und Weberei): DTAV 4 Mandate, Christen 2.

In Delsitz i. Vgl. erhielt der DTAV 54 Mandate, die KPD 6, die Satenkreuzler 3. Auch hier wurde der Kampf mit größter Hartnäckigkeit geführt.

Plauen. In Plauen ist ebenfalls der Wahlkampf mit großer Heftigkeit geführt worden. Dennoch konnten wir die Gegner weit überflügeln. Es ist besonders zu buchen, daß wir den Werkvereinen gegenüber auf der ganzen Linie einen Fortschritt zu verzeichnen haben. Es erhielten Mandate: DTAV 31, KPD 7, Werkvereine 14.

Nationalsozialismus und Schwerindustrie

Unternehmenssyndikus lieferte das Wirtschaftsprogramm.

In seiner soeben erschienenen Broschüre „Gewerkschaften und Nationalsozialismus“ (E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, Preis 0,40 M.) führt Bernhard Düwelle die nationalsozialistischen Wirtschaftsvorschläge für unbedingte Unternehmerautorität, gegen Betriebsräte und Kollektivverträge, für vollständige Willkür der Unternehmer in der Lohnbemessung und Verbote der freien Gewerkschaftsarbeit, die Herr Gottfried Feder formulierte und die in ihrer Tendenz gegen Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung noch verschärft werden sollen, auf ihre Quelle zurück. Sie ist kennzeichnend für die kapitalistische Rolle der Hitler-Garden, sie besteht in dem Aktionsprogramm für die deutsche Industrie und das Handwerk, das der westdeutsche Syndikus der Schwerindustrie, Dr. Alexander Tille, einer der berühmtesten Vortragscharismen, 1909 in seinem Buch „Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes“ entworfen hat. Zum Teil wörtlich sind seine Hoffnungen gegen die Arbeiterbewegung vom nationalsozialistischen „Wirtschaftsprogramm“ Feders übernommen worden! Und das erhebt den Anspruch, Deutschlands Arbeiterbewegung zu führen zu wollen.

25 Jahre D.V. im Urteil seiner Mitglieder

so lautet der Titel einer Broschüre, die der Deutsche Industrieschutzverband durch seinen Geschäftsführer Grünner an die Industriellen versendet und die uns ein günstiger Wind ebenfalls auf unsern Tisch wehte. Die Broschüre enthält die Zusammenstellung einer Sammlung von Urteilen Industrieller über die von dem Streikschutzverband gewährte Hilfe. Es liegt eine größere Anzahl Urteile aus 14 Branchen geordnet vor. Zuletzt hat man auch noch eine Rubrik „Verschiedenes“ angehängt.

Uns interessieren die Urteile aus den Kreisen der Textilindustriellen, die auf Seite 77 der Broschüre zu finden sind. Hier haben Textilindustrielle dem Streikschutzverband bescheinigt, daß seine Tätigkeit erfolgreich gewesen ist:

Mitglied Nr. 1462 (Leppichfabrik): ... Wir bestätigen Ihnen, daß wir nunmehr mit der Behandlung und Regulierung der Entschädigung für unseren dreimonatigen Streik im Frühjahr dieses Jahres durch den Deutschen Industrieschutzverband zufriedengestellt sind und werden Sie vorkommendenfalls gern weiter empfehlen.

Mitglied Nr. 7522 (Baumwollweberei): Wir sprechen Ihnen dankend unsere Anerkennung für die schnelle und sachgemäße Behandlung unserer Angelegenheit aus.

Mitglied Nr. 4077 (Arbeitgeberverband): Wir unterbreiten Ihnen nicht an, Ihnen zu versichern, daß wir diese Regelung als entgegenkommend betrachten und sprechen Ihnen unseren verbindlichsten Dank für Ihre tatkräftige Unterstützung in dem Arbeitskampf unserer Geraer Teppichindustrie aus. Es ist erfreulich, daß die Streikentschädigungen dazu beigetragen

haben, den dreimonatigen Kampf gegen den Textilarbeiterverband mit dem Ergebnis der völligen Niederlage der Gewerkschaft durchzuführen.

Mitglied Nr. 12958 (Schlagorn-Maschinen-Spinnerei und Weberei): Wir bestätigen Ihnen gern, daß wir mit der Abwicklung unserer Entschädigungssache durch die anlässlich der vom Verband Schlesischer Textilindustrieller vorgenommenen Aussperrung in jeder Beziehung zufrieden sind. Die Erledigung der Angelegenheit Ihrerseits war sehr fulant, so daß wir auf Grund unserer mit dem Industrieschutzverband gemachten Erfahrungen den Industrieschutzverband jedem Industriellen empfehlen können.

Es sind inzwischen wiederholt Anfragen an uns ergangen, die wir in gleichem Sinne beantwortet haben.

Mitglied Nr. 12963 (Schlagorn-Spinnerei): Wir bestätigen Ihnen dankend den heutigen Eingang Ihres Schutzes und fügen die gewünschte Erhaltsanzeige „in Duplo“ unterschrieben vollzogen diesem Schreiben bei. Für die rasche Erledigung anderer Anliegen sprechen wir Ihnen noch besonders unseren ergebensten Dank aus.

Die Textilarbeiter sehen daraus, daß die wirtschaftlich viel stärkeren Textilindustriellen sich noch einem besonderen Streikschutzverband anschließen, um für alle Fälle bei vorkommenden Arbeitsdifferenzen gerüstet zu sein. Die Textilarbeiter sollten deshalb ebenfalls daran denken, ihre Organisation so auszubauen, daß sie jederzeit in der Lage sind, auch die schwersten Wirtschaftskämpfe durchzuführen!

Der gute Wille fehlt!

Zur Frage der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung

Ueber die von diesen Seiten, und zwar nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von seiten zahlreicher Unternehmer geforderte Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Behebung bzw. Verminderung der Krise hielt vor kurzem Dr. Heinz Landmann einen Rundfunkvortrag auf der Deutschen Welle. Den Vortrag druckt die Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ vollinhaltlich ab. Natürlich!

Landmann bezeichnet es aus verschiedenen Gründen als unmöglich, durch eine gesetzliche Maßnahme eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Er bestrittet auch, daß durch eine solche Maßnahme irgendeine Besserung der Verhältnisse eintreten könnte. Besonders behauptet er, daß eine solche weitere Arbeitszeitverkürzung neben der schon durchgeführten Lohnsenkung, die in Höhe von etwa 10 bis 15 Proz. tragbar sei, eine weitere Lohnsenkung von 17 Proz. bedeuten müßte, so daß eine Gesamteinkommensminderung von etwa 25 Proz. für die Arbeiter herauskäme. Dagegen würden sich gerade von Arbeitnehmerseite sehr erhebliche und berechtigte Bedenken geltend machen.

Landmann führte ferner an, daß nach eigenen Berechnungen des DGB die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im Januar 1931 betragen habe:

für die Metallarbeiter . . .	40,2 Stunden
für die Chemiewarbeiter . . .	43,2 „
für die Textilarbeiter . . .	37,1 „
für die Holzarbeiter . . .	39,1 „
für die Arbeiter in Papierfabriken . . .	42,5 „
für die Porzellanarbeiter . . .	35,0 „

Dies bedeute, daß ein Zwang zur Einführung von Kurzarbeit nicht erforderlich sei, weil die Kurzarbeit bereits da, wo sie wirtschaftlich möglich sei, in größtem Umfange durchgeführt werde. Es würde dadurch außerdem nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitsplätzen frei. Landmann ist der Auffassung, daß das einzige Mittel zur Behebung der Notlage eine

Senkung der Preise

Senkung der Preise sei. Die Arbeitszeit sei in den letzten Jahrzehnten bereits von 12 auf 8 Stunden heruntergegangen, und mit dieser Verkürzung der Arbeitszeit sei aber nicht eine Verringerung, sondern eine Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter verbunden gewesen. Direkt anschließend sagt er aber, daß in den weitaus meisten Gewerbezweigen eine wesentliche Senkung der Herstellungskosten nicht möglich sei ohne eine Senkung der Lohn- und Gehaltstarife.

Hier scheint Landmann den in seiner Beweisführung liegenden Widerspruch gar nicht zu merken. Zu dieser Beweisführung Landmanns ist aber einiges zu sagen.

In erster Linie bleibt Landmann den Beweis dafür schuldig, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Verringerung des Einkommens der Arbeitnehmer verbunden sein müßte; denn wenn in den letzten Jahrzehnten die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden verbunden war mit einer Erhöhung des Realeinkommens, ist schlechterdings nicht einzusehen,

warum fehlt eine Arbeitszeitverkürzung die gegenteilige Wirkung auslösen müßte.

Die Behauptung Landmanns ist also absolut nicht bewiesen. Es ist auch nicht bewiesen, daß die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter trotz Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung der Herstellungskosten geführt habe. Eine Überprüfung der Verhältnisse in allen Branchen dürfte dabei überraschende Ergebnisse liefern.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß heute bei der überragenden Arbeitszeit von einem einzelnen Arbeiter doch wohl erheblich mehr geleistet wird als vor einigen Jahrzehnten bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit. Es ist unvorstellbar, daß im allgemeinen die Herstellungskosten, soweit sie durch den Arbeitslohn dargestellt werden, nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung erfahren haben. Daraus ändert die Tatsache nichts, daß dies natürlich nicht gleichmäßig in allen Gewerbezweigen vor sich gegangen ist. Sondern in einzelnen Berufen und Branchen darüber gesprochen. Dies wäre weiteres nachweisbar. Auch in der Textilindustrie kann der Beweis ohne allzu große Mühe geführt werden. Man darf sich nur der zahlreichen Fälle entsinnen, in denen heute der einzelne Arbeiter

eine viel größere Zahl von Maschinen-einheiten bedient

als vor Jahrzehnten, wobei man an die automatischen Webstühle noch gar nicht zu denken braucht, obgleich hier meine Behauptung augenfällig bewiesen wird. Für ein Meter einfaches Baumwollgewebe, auf dem Automatenwebstuhl gewebt, wird heute an Weblohn 1/2 bis 1 Pf. gezahlt, das heißt,

daß der Weblohn gegen früher nur noch etwa ein Zehntel beträgt.

Ähnliche Beweise ließen sich in großem Umfange aus allen anderen Zweigen der Textilindustrie anführen. Man denke dabei nur

So abwegig also wie diese Beweisführung ist auch diejenige, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit kaum möglich sei, weil die durchschnittliche Arbeitszeit schon so weit wie angegeben zurückgegangen sei. Wenn für die Textilarbeiter eine durchschnittliche Arbeitszeit von 37,1 Stunden errechnet worden ist, welche Zahl uns sehr wenig zuverlässig erscheint, so sagt dies nicht viel. Der Durchschnitt wird durch einige Fälle von ganz kurzer Arbeitszeit stark gedrückt, aber es gibt doch immer noch eine große Anzahl von Textilarbeitern, die

eine Arbeitszeit von über 48 Wochenstunden

leisten müssen. Wir wissen, daß sogar wieder in erheblichem Umfange 54 und in einzelnen Fällen sogar noch mehr Stunden gearbeitet wird. Selbst in diesen Betrieben allein



Chorus mysticus:

Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis;
Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis.

Goethe, „Faust“

daran, wieviel Spindeln heute von einer Arbeiterin bedient werden gegenüber der Zeit vor Jahrzehnten. Man denke ferner an die heutigen maschinellen Einrichtungen, beispielsweise in der Wirkerei oder in der Ausrüstungsindustrie usw.

Daß der Stunden- oder Wochenverdienst nicht ausschlaggebend ist für die Höhe der Herstellungskosten, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Wir wollen als Beispiel nur anführen, in welchem Umfange man die indische Textilarbeiterlöhne als Beweismittel gebraucht hat für die Behauptung, daß der indische Arbeiter eine kolossale Konkurrenz gegenüber dem deutschen oder englischen darstelle. In dem Buche „Die indische Textilindustrie als die Industrie eines kolonialen Rohstofflandes“ weist Freiherr von Lupin an zahlreichen Beispielen nach, daß dem nicht so ist und daß sich der Arbeitslohn eben nach den Leistungen richtet. Wenn der indische Arbeiter nur den dritten Teil vielleicht des deutschen Wochenverdienstes erreicht, so ist seine Leistungsfähigkeit entsprechend, vielleicht sogar noch in höherem Maße geringer als die des deutschen Arbeiters. Man muß also solchen Behauptungen, daß durch die Erhöhung des Arbeitslohnes eine Erhöhung der Herstellungskosten eingetretten sei, nicht nur skeptisch gegenüberstehen, sondern überhaupt entgegenreten und in jedem Falle den Beweis dafür verlangen. Man muß in jedem Falle hinzufügen, in welchem Umfange auch die Leistungen der Arbeiter getiegen sind. So berrug zum Beispiel im Ruhrbergbau der Förderungsanteil der Untertagearbeiter je Kopf und Schicht

im Jahresdurchschnitt 1910 1161 Kilogramm im Dezember 1929 . . . 1797

das ist eine Steigerung um 55 Proz. Der Förderungsanteil der Untertagearbeiter jedoch pro Kopf und Stunde liegt von 136,6 Kilogramm auf 224,6 Kilogramm, also um 64 Proz. Es kann also keinesfalls behauptet werden, daß eine Steigerung des Reallohnes gleichzeitig eine Steigerung der Herstellungskosten bedeutet.

wäre es leicht, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine erhebliche Anzahl Leute einzustellen, weil zum Teil selbst in diesen mit langer Arbeitszeit arbeitenden Betrieben eine erhebliche Anzahl von Maschinen leerstehen und eine erhebliche Anzahl Arbeitslose, auch am Orte, vorhanden sind.

Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, müßte eben, um einen Ausgleich zwangsweise herbeizuführen, den Unternehmungen, die mit überlanger Arbeitszeit arbeiten, diese Möglichkeit genommen werden. Wenn sie dann angeblich die so eiligen, kurzfristigen Aufträge nicht erledigen können, würde es gar nichts schaden,

wenn auf diesem Zwangswege ein wenig Vorsehung gespielt würde,

damit auch andere Unternehmungen etwas von dem Segen abbekommen können.

Es sei für solche Fälle darauf hingewiesen, daß es Lohnweberien in großer Anzahl gibt, die gern bereit sind, ihre leerstehenden Stühle mit Lohnarbeit zu beschäftigen.

Die Beweisführung des Herrn Landmann ist also in mehr als einer Hinsicht durchaus nicht überzeugend, um so weniger, als sich in den Reihen des Unternehmertums eine erhebliche Anzahl „Außenleiter“ befinden, die nicht nur theoretisch die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zugegeben, sondern sie auch praktisch durchgeführt haben. Wir erinnern an die Harburger Delwerke, die entgegen den Unterfüssen ihrer Kollegen die besten Resultate damit erzielt haben.

Es sei hier bei dieser Gelegenheit noch eines besonderen Einwandes gedacht, der darin geht, daß eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht möglich sei,

weil doch dem die bestehenden Tarifverträge widersprechen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob sich die Gewerkschaften als Tarifparteien in diesem speziellen Falle nicht doch bereit finden ließen, einer solchen Maßnahme zuzustimmen, die der Durchführung einer ihrer wichtigsten Forderungen dienen würde.

Politische Wochenschau

Umsturz in Spanien. — Oberbürgermeisterwahl in Berlin. — Millionenzahlungen an den früheren Bulgarenkönig. — Schlechte Stimmung bei den Halentkrenzlern. — Die Bewegung der Kinderfreunde.

In Spanien ist die monarchische Verfassung beseitigt und die Republik ausgerufen worden. König Alfonso, der letzte Sproß des einstmalig so mächtigen Habsburgerhauses, mußte das Land verlassen. Freilich nimmt er beträchtliche Vermögenswerte mit, so daß er auch künftig nicht zu hungern braucht. Der Umsturz in Spanien ist ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Zwar gibt es dort schon seit langem eine starke republikanische Bewegung, und auch die sozialistische Partei und die Gewerkschaften haben in der letzten Zeit wesentlich an Einfluß gewonnen. Die Ereignisse sind aber beschleunigt worden durch die Mißwirtschaft des monarchischen Systems, die besonders bei den Kämpfen in Marokko zum Ausdruck kam. Weiter durch die Diktatur unter Primo de Rivera, die nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse noch wesentlich verschlechterte. Die provisorische republikanische Regierung besteht aus Vertretern der republikanischen Parteien und den Sozialisten. Sie will eine Nationalversammlung einberufen, die dem Lande eine neue Verfassung geben soll. Auf jeden Fall zeigen die Ereignisse in Spanien, daß sich Diktaturen nur vorübergehend halten können; eine unangenehme Tatsache für Herrn Mussolini und den italienischen König, aber auch für seine Nachbarn in Deutschland.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den früheren Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, zum Oberbürgermeister der Reichshauptstadt gewählt. Bürgermeister wurden der bisherige Stadtsyndikus Lange und der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Elias; zum Stadtkämmerer ist Bruno Ulich gewählt worden, bisher in gleicher Tätigkeit in Frankfurt am Main. Lange und Ulich sind Sozialdemokraten. Nach dem neuen Gesetz für Groß-Berlin haben diese vier die eigentliche Leitung der Verwaltungsgeschäfte inne. Berlin mit seinen 4 1/2 Millionen Einwohnern ist größer als fast alle deutschen Länder, und die von der Stadt zu lösenden Aufgaben sind von nicht geringerer Bedeutung als diejenigen, die dem Staat übertragen sind. Die neuen Männer zählen zu den fähigsten Kommunalpolitikern Deutschlands, und von ihnen ist gute Arbeit zu erwarten.

Schon bei der Beratung des Reichshaushalts im Reichstag war bekannt geworden, daß der ehemalige Bulgarenkönig Ferdinand vom Deutschen Reich erhebliche Geldzuwendungen erhalten habe. Die Zahlungen gehen auf einen Vertrag zurück, der unter Wilhelm dem Letzten während des Krieges mit dem Bulgarenkönig abgeschlossen worden ist. Das Deutsche Reich hatte sich damals verpflichtet, dem König Ferdinand sein in London bei der Bank von England hinterlegtes Vermögen von 25 Millionen Mark zurückzuerstatten, wenn es beim Eintritt Bulgariens in den Krieg von England beschlagnahmt werden sollte. In der Inflationszeit wurden die 25 Millionen zurückgezahlt, allerdings mit entwertetem Gelde. Später hat Ferdi-

In Wirklichkeit hätte es gar keines besonderen Gesetzes bedurft. Da ja fast alle Tarifverträge abgelaufen sind und neue Zwangsschiedsprüche auch bezüglich der Arbeitszeit in umfangreichem Maße erlassen worden sind, hätte es nur einer Anweisung an die Schlichter bedurft, um diese zu veranlassen, in ihren Schiedsprüchen der bestehenden Situation Rechnung zu tragen und entsprechend kurze Arbeitszeiten festzusetzen. Wir sind überzeugt, daß die Schlichter

trotz ihrer „Unabhängigkeit“

ebenso gern bereit gewesen wären, Schiedsprüche zu erlassen, in denen keine längere Arbeitszeit als vielleicht 44 Stunden erlaubt ist, wie sie die Befehle des Reichsarbeitsministers ausgeführt haben hinsichtlich des Lohnabbaues.

Es ist und bleibt schon so, daß es hier vielleicht weniger an der Erkenntnis als am guten Willen mangelt.

H. R.

nam jedoch die Aufwertung des Betrages verlangt, und in der Tat sind ihm auch wiederholte größere Beträge gezahlt worden, zuletzt im vorigen Jahr zu seinem sechzigsten Geburtstag die ansehnliche Summe von 500 000 Mark. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, um zu erfahren, wieviel bisher tatsächlich an den früheren Bulgarenkönig bezahlt worden ist und auf Grund welcher Verträge. Insbesondere wird angefragt, inwieweit die Regierung die Auszahlung der halben Million Mark bei der von ihr immer wieder betonten finanziellen Notlage des Reiches verantworten könne.

Bei den Hakenkreuzern herrscht schlechte Stimmung. In Berlin und an anderen Orten hat es eine Rebellion gegeben, bei der sich Tausende von SA- (Sturmabteilung)-Leuten hinter den Hauptmann a. D. Stennes gestellt haben, einem der höchsten Führer im „Dritten Reich“. Nun erfährt man aus einem Bericht, den „Staf V“ Meßner an die Parteileitung der Nazis nach München gerichtet hat, daß es auch sonst den Hakenkreuzern nicht gut geht. Herr Meßner sagt, daß sich die Lage für die nationalsozialistische Bewegung im ersten Vierteljahr 1931 außerordentlich verschlechtert habe. „Wir haben bei weitem nicht mehr den Zulauf wie früher. Etwas Neuwahlen werden für uns kaum Gutes zeitigen. Die Stimmung ist in der SA flau.“ Dieser Bericht übertreibt nicht. Nach den Reichs-

tagswahlen vom vorigen September erwarteten die vielen Nachläufer der Hitler-Partei, daß nunmehr die schönen Versprechungen erfüllt würden, die man ihnen in so großer Zahl gemacht hat. Aber nichts ist geschehen. Die Nazis sind aus dem Reichstag gelaufen, in München haute sich Herr Hitler seinen Palast, das Bonzentum und Claqueurwesen in der Nationalsozialistischen Partei hat Formen angenommen, die nur noch abschreckend wirken können. Es wäre zwar verfehlt, von einer Beseitigung der faschistischen Gefahr für Deutschland zu sprechen, aber immerhin dürfen wir feststellen, daß es nicht zuletzt die Aktivität der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu verdanken ist, wenn die Stimmung bei den Hakenkreuzern sich so verschlechtern konnte.

Im Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß trotz der ungeheuren Wirtschaftsnot die proletarischen Organisationen in erfreulicher Weise vorwärts gehen. Das zeigt am deutlichsten der jüngste Zweig am Baume der deutschen Arbeiterbewegung, die Bewegung der Kinderfreunde. Vor zehn Jahren ist sie aus kleinen Anfängen entstanden, heute zählt sie im Deutschen Reich fast 1000 Ortsgruppen, und in den Dienst der sozialistischen Erziehungsarbeit haben sich rund 10 000 ehrenamtliche Helfer gestellt. Die Arbeit in der Kinderfreundebewegung vollzieht sich unter der Losung: Ordnung, Freundschaft und Solidarität. Sie will die Arbeiterkinder zu vollwertigen Mitkämpfern der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erziehen.

„Gefesselte Wirtschaft“

Gegen das „Baderstubenrezept“ Arbeitszeitverkürzung

Wer schreibt so? Natürlich die „Textil-Zeitung“, das willige Sprachorgan der Textilindustriellen aller Richtungen. In einer ihrer Nummern läßt sie sich aus der sächsisch-thüringischen Webereindustrie schreiben:

„Ein Rezept, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung zu beseitigen, kann... von einer Gutachter-Kommission noch heute ungefragt ausgeschrieben werden, und die Patienten dieser Heilkundigen drängen sich, diese Medizin so schnell als möglich zu schlucken. Schon zweimal, immer unter einem Zwange von außen her, haben wir die gefunden Grundzüge freier Wirtschaftsführung verweigert und uns mit Zwangswirtschaft in Fesseln geschlagen. Jetzt naht das Verhängnis zum dritten Male, diesmal unter einem politischen Druck von innen her, und wieder hat man aus der jüngsten Geschichte nichts gelernt.“

Die 40-Stunden-Woche als drohende Gefahr! Den Interessentenhäufen der verschiedensten Richtungen wird schon ganz schweiß zumute. Sie sehen alle Hebel in Bewegung, um diese einzige mögliche Maßnahme, die Wirtschaft wieder schnell und sicher in die Höhe zu bringen, zu hintertreiben. Ein Mensch mit fünf gefunden Sinnen faßt sich an den Kopf und fragt sich, wie das möglich sein kann. Aber beim Studium der „Textil-Zeitung“ wird ihm bald klar, daß noch ganz andere Dinge möglich sind, wie er in einer anderen Nummer, in der der Bericht der Vollstufung der Handelskammer in Brauen veröffentlicht wird, lesen kann. Dieser Bericht trägt die irritierende Ueberschrift „Brauens Textilindustrie gegen Arbeitszeitverkürzung“. Nun besteht ja die Textilindustrie nicht nur aus den Dividenden-

beglethern, sondern auch aus den Arbeitern der genannten Industrie, die ebenfalls über eine bestimmte maßgebende Meinung verfügen. Diese sind, wie man aus zahlreichen Rundgebungen ihrer Vertreter sieht, ganz und gar nicht gegen die Arbeitszeitverkürzung, sondern sehen sie als das einzig maßgebende Mittel dieser Zeit an.

In der fraglichen Vollstufung der Handelskammer erklärte zu dieser wichtigen Frage unser lieber alter Bekannter, Kommerzienrat Hebel, für den wir in einer unserer letzten Nummern schon ein besonderes Interesse bezeugten:

„... daß die Kammer sich mit der Frage noch nicht befaßt habe, weil wohl niemand daran glaube, daß ein solches Gesetz Wirklichkeit werde. Ebenso wie sein Vorredner so wolle auch er darauf verweisen, daß etwas derartiges für die Textilindustrie gar nicht in Frage kommen könne. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit werde nur eine Verteuerung der Produktion erreicht. Wenn auch in anderen Branchen vielleicht die Möglichkeit bestehe, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen, so könne hinsichtlich der Textilindustrie davon gar keine Rede sein, zum mindesten würde dadurch keine Entlastung des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie erreicht werden.“

Wird man diese Ausführungen, dann kommt man zu dem Schluß, daß diese Leute aus dem ganzen Stand unserer Zeit absolut nichts gelernt haben, sondern daß sie in sturer Verblendung auf ihrem einseitigen Interessenstandpunkt verharren. Es wird an der organisierten Arbeiterchaft liegen, diesen Leuten klar zu machen, was der deutschen Wirtschaft und damit der Allgemeinheit wahrhaft nottut!

Revolutionäre Größen im Scheinwerferlicht

Neuestes von der RGO.

Der Kommunistenklamauf im schlesischen Tarifbezirk.

Während der Bewegung im schlesischen Lohn-tarifstreit erwachte auch die RGO. aus ihrem Dornröschenschlaf und versuchte nun mit ihren abgeleiteten und abgedroschenen Phrasen die schlesische Textilarbeiterchaft vor ihren bredrigen Karren zu spannen. Zu diesem Zweck wurde in Ober-Langensbielau unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden und Oberkommunisten Müller aus der Firma Dierig sowie des dort beschäftigten Webers Gustav Kalms das Hauptquartier aufgeschlagen, von dem aus die RGO. die gesamte schlesische Textilarbeiterchaft in den Streik führen wollte.

Unter anderem wurde zunächst eine Versammlung in Ober-Langensbielau arrangiert, in der auch ein Redner aus Berlin sprach und in der der Betriebsratsvorsitzende Müller der Firma Dierig sowie der Weber Kalms beauftragt wurden, am 28. März der Firma ein Ultimatum zu unterbreiten, nach welchem sich dieselbe innerhalb 12 Stunden bereit erklären sollte, die Löhne zu erhöhen. Am gleichen Tage, am Tage des Ultimatum, fand eine weitere kommunistische Versammlung im Dinterschen Lokal statt, die von etwa 50 Leuten besucht gewesen ist und in der man, da das bisher Geplante nicht zog, für Sonntag, den 29. März, eine wichtige Demonstration beschloß. Hierzu waren sogar Kommunisten auf Lastwagen von Breslau herangezogen worden, welche gleichzeitig den Auftrag hatten, keinen Textilarbeiter durch die Fabrikate der Firma Dierig und die der Firma Meyer-Kaufmann hineinzulassen, da man in Ober-Langensbielau am 30. März durch die RGO. den Generalstreik führen wollte.

Hierbei ist ganz besonders beachtlich, daß ausgerechnet die beiden führenden Kommunisten in Ober-Langensbielau, der Betriebsratsvorsitzende Müller sowie der Weber Kalms die ersten waren, die entgegengesetzt zu ihrer herausgegebenen Parole, den Betrieb Dierig aufsuchten. Müller ging hinein, um sich zu entschuldigen, daß er wieder hinausgeht, Kalms ging bereits so frühzeitig hin, daß die anderen Weber, die auch sonst früher in den Betrieb gehen, ihn nicht hineingehen sehen sollten.

Nicht nur bei Dierig, sondern auch im Betrieb Meyer-Kaufmann vollzog sich das selbe Schauspiel.

Der dortige kommunistische Funktionär und Führer der RGO. ging ebenfalls anstalt um 6 Uhr, bereits um 4 1/2 Uhr morgens in den Betrieb.

damit diejenigen, an die er die Parole zum Streik herausgegeben hatte, nicht sehen sollten, daß ihr Führer als erster mit der Arbeit begann, ehe überhaupt an einen Streik zu denken war.

So sehen die Größen und Führer der kommunistischen Partei und der RGO. aus, die glauben, für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, jeden anständigen Menschen mit Schmutz zu bedecken, wogegen sie selbst als die niedrigsten Charaktere, die man sich denken kann, offenen Verrat mit der Arbeiterchaft treiben, indem sie diese zu Handlungen verleiten wollen, die sie selber sich

nicht trauen, mitzumachen. Die Arbeiterchaft hat diese Menschen richtig erkannt und sie auch entsprechend gewürdigt. Der ganze kommunistische Spuk war für die schlesische Textilarbeiterchaft erledigt.

Eine Pfeife in Osnabrück

Auch bei J. H. Hammerstein hat man die Nase voll!

„Ich aber hätte dieses Bild in einer Nacht im Rat im „Weißen Schwan“ zu Osnabrück und dachte mir dabei...“ (Siehe den Kommentar zu dem Bericht!)

Am 24. und 25. März fanden bei der Firma J. H. Hammerstein A.-G. die Betriebsratswahlen statt. Mit großer Spannung sah die Arbeiterchaft dem Ergebnis entgegen. Schon monatelang vorher hatte die KPD-Presse auf diese Wahl hingewiesen und prophezeit einen Sieg der „roten“ Betriebsratsliste. Eine Betriebsversammlung nach der anderen wurde von ihnen einberufen, die durchweg gähnende Leere aufwiesen. Konferenzen auf Konferenzen folgten, die sich als Ziel setzten, den Betrieb Hammerstein in Osnabrück zu erobern. Tausende von Flugblättern wurden in die Arbeiterchaft geworfen, um ihren Sieg zu sichern. Morgens, mittags und abends waren die Ein- und Ausgänge förmlich von den Moskajüngern mit Flugblättern belagert. Einen ungeheuren Kostenaufwand hatte die KPD. besonders für diesen Betrieb aufgebracht. Ein Beweis, wie außerordentlich wichtig sie gerade die Wahl in diesem Betrieb hielten.

Aber, wie es im Leben nun einmal ist:

Mit des Gewisses Mähen ist kein ew'ger Bund zu schließen, und das Unheil schreitet schnell...

Ihre großen Anstrengungen waren vergebens, und die ungeheuren Unkosten waren für nichts verthan. Das Ergebnis war für sie geradezu niederschmetternd. Sie, die sonst täglich in ihren Blättern Siegesberichte bringen, hatten es ganz vergessen, das Ergebnis dieser Wahlen in ihren Blättern zu veröffentlichen. Wir warten heute noch darauf.

Das Ergebnis war folgendes:

	1931	1930
Abgegebene Stimmen	520	432
Seite 1 (KPD.)	289	300
Seite 2 (Christliche)	107	97
Seite 3 (RGO.)	124	53

Gesamtbetriebsrat

	1931	1930
Seite 1	9	9
Seite 2	1	1
Seite 3	1	1

Damit ist ohne Zweifel der beste Beweis erbracht, daß der Deutsche Textilarbeiter-Verband unerschütterlich dasteht. Wir sind deshalb stolz auf dieses Ergebnis und wissen, daß die Textilarbeiterchaft klar erkannt hat, daß ihre Interessen nur durch den Deutschen Textilarbeiter-Verband am besten vertreten werden.

Gustav Rönneke (Osnabrück.)

Lohnabbau verschärft die Arbeitslosigkeit

Nach den Feststellungen der Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats Februar noch um 106 000 gestiegen. Die Zunahme hat sich ziemlich verlangsamt. Insgesamt waren am 15. Februar rund 4 991 000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist ein Mehr von 1,6 Millionen zu verzeichnen. Der Arbeitsmarkt hat also trotz des milden Winters noch keine Entlastung erfahren. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit dürfte aber zweifellos erreicht sein. Interessant ist eine Meinung des Konjunkturinstitutes. Diese kommt im Wochenbericht vom 25. Februar folgendermaßen zum Ausdruck: „Zu dem starken Anwachsen der konjunkturellen Arbeitslosigkeit haben Einschränkungen der Beschäftigung in fast allen Industrien beigetragen. Wenn man von den Saisongewerben absteht, die gleichfalls in diesem Winter ihre Beschäftigung stärker als üblich einschränken mußten, so waren es in den letzten Monaten vor allem die großen Branchen der Verbrauchsgüterindustrien, die wieder in großem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt haben. Die Beschäftigung der Produktionsgüterindustrie (samt zwar auch beträchtlich; jedoch war hier das Tempo des Rückganges nicht so stark wie bei den Verbrauchsgüterindustrien.“ Was geht aus diesen Worten klar hervor? Die gewaltige Einschränkung der Kaufkraft der breiten Massen hat ein Nachlassen der Nachfrage auf dem Markt der Verbrauchsgüterindustrien nach sich gezogen. Deshalb trat die Arbeitslosigkeit hier verstärkt in Erscheinung. Somit verschärft der Lohnabbau die Krise.

Streiflichter

Kapitalistische Anarchie.

Wie der Kapitalismus in der Zeit der Massennot mit wirtschaftlichen Gütern umgeht, zeigt folgende Zusammenfassung aus der letzten Zeit:

In Brasilien wurden 4 Millionen Kaffeefrüchte vernichtet, um die Produktion auf 15 Millionen Sack herunterzudrücken. Das „Kaffee-werkzeugungsanstalt“ hat jetzt beschlossen, den Kaffee zu Hängezwecken zu verwenden. Dafür wurden 60 000 Sack zur Verfügung gestellt.

Die holländisch-östindische Handelskompanie ließ tausende Zentner Gewürz vernichten, um den Preis hochzuhalten. Amerika und Ägypten verbrannten Baumwolle. In den Vereinigten Staaten wurde Weizen waggonweise verwehrt. In Frankreich verschüttete man viele Hektoliter Wein, weil man die Anschaffungskosten für neue Fässer sparen wollte.

In Südafrika liegen die Diamanten zum Greifen auf der Erde. Seit kurzem ist dieses Gebiet mit Stacheldraht abgeperrt und von Polizisten bewacht, damit die Steine liegen bleiben und nicht auf dem Weltmarkt drücken.

Der Autohändlerverband in Palm kauft noch heute gebrauchte Automobile auf, damit sie nicht die Preise für die fabrikneuen Wagen drücken.

In Deutschland geschlagen die Porzellanfabriken einen Teil ihrer Fabrikate, die kleine Fehler zeigen — damit der Preis nicht fällt.

Beil man aus Hochofenschlacke eine zementartige Masse für den Straßen- und Häuserbau herstellen kann, zahlt der Zementverband den Hochofenwerken eine Entschädigung, damit er die Schlacke nicht einem vernünftigen Zweck zuführt, sondern auf die Halben schüttet.

Solche Beispiele könnte man in beliebiger Zahl anführen. Wieviel Tausende von Arbeitslosen könnten ernährt und gekleidet werden, wenn an die Stelle dieses mühsen Mühsens des Kapitalismus eine planmäßige Arbeit trat! Die kapitalistischen Machthaber aber preisen diesen Zustand in allen Tönen; denn sie gebelien dabei vorzüglich. Ihre Schutzgarden, die Nazis, Stahlhelmleute und gelben Wertvereiner, sind eifrig tätig, in ihrem Auftrag die Massen zu verwirren. Reicht diesen falschen Propheten die Masse herunter!

Was ist Baumwolle?

„Die Textil-Woche“ brachte vor kurzem folgende nachdenkliche Begriffsbestimmung, die sie der Preisliste einer süddeutschen Trikotwarenfabrik entnommen hatte:

Baumwolle ist die Frucht eines in Amerika ausgefähten Samens, der je nach Wachstum den Landwirt an den Ruin bringt oder den Einkäufer verrückt macht.

Die Faser variiert in Länge und Farbe, und derjenige, der die Länge am besten zu schätzen vermag, wird vom Publikum ein Baumwollschverständiger genannt, vom Landwirt ein Esel und von seinen Kreditoren ein schlechter Geschäftsmann.

Der Preis für Baumwolle wird in New York festgesetzt und geht meistens hinauf, wenn man verkauft hat, oder hinunter, wenn man gekauft hat.

Eine Spinnergruppe sandte einen Sachverständigen nach New York, um den Baumwollmarkt scharf zu bewachen. Nach tagelangen Anstrengungen telegraphierte er seinen Auftraggebern: „Einige denken, der Preis geht hinauf; einige denken, der Preis geht herab; ich denke ebenso. Handeln Sie sofort! Was immer Sie auch tun werden, ist falsch.“

Baumwolle wird im Frühjahr ausgefäht, im Sommer mit Hypotheken belastet und wenn es sich nicht lohnt, im Winter auf dem Feld gelassen.

Man fällt herein, wenn man kauft, man fällt aber auch herein, wenn man nicht kauft.

Feuerprobe der Arbeiterbank

Die Einlagen sind gestiegen

Als die Gewerkschaften nach Beendigung der großen Inflation daran gingen, die Spargelder der Arbeiterschaft in einer besonderen Bank, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verwalten, hat es in der Privatwirtschaft nicht an einer hämischen Kritik gefehlt. Eine Bank gründen, so sagte man, ist nicht schwer; was aber aus dieser Gründung wird, müsse sich erst im Feuer der Krise zeigen.

Gestiegene Werbekraft.

Nun gut, die Arbeiterbank hat ein Krisenjahr erster Ordnung hinter sich. Sie hat diese Feuerprobe bestanden. Ihr Abschluß für das Jahr 1930 kann sich sehen lassen. Wir wollen die Schwierigkeiten des Bankjahres 1930, die an dieser Stelle bereits dargestellt worden sind, nicht unterschätzen. Wenn man aber den Abschluß der Arbeiterbank mit den Abschlüssen der Privatbanken vergleicht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Arbeiterbank eine weit größere Widerstandsfähigkeit gegenüber den Krisenschwierigkeiten zeigte als die Privatbanken. Bei allen Privatbanken ist eine starke Einbuße der Einlagen festzustellen. Das hat die Fähigkeit, der Wirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen, mehr oder weniger eingeschränkt. Die Arbeiterbank kann eine Erhöhung ihrer Einlagen von 163 Millionen auf 168 Millionen Mark nachweisen. Wenn man berücksichtigt, daß die schlimme Krise im Jahre 1930 gerade an den Kunden der Arbeiterbank nicht spurlos vorbeigegangen ist, zeugt die Erhöhung der Einlagen von der Werbekraft des Gedankens der Arbeiterbank, beweist sie, daß die Arbeiterbank in immer weiteren Kreisen Fuß gefaßt hat. Die Zahlstellen in Hannover, München und Saarbrücken wurden im Laufe des Krisenjahres in Filialen umgewandelt und in Braunschweig, Essen, Köln, Liegnitz, Magdeburg und Stuttgart wurden selbständige Zahlstellen errichtet. In Berlin wurde eine Depositenkasse aufgemacht. Die Gesamtzahl der Angestellten steigerte sich im Berichtsjahr von 160 auf 250. Selbstverständlich hat die Arbeiterbank, entsprechend den Anregungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ab Mitte März 1931 die 40-Stundenwoche durchgeführt.

Der Bankumsatz erhöht sich von 2,787 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930.

Allerdings hat die Arbeiterbank ihre Dividende von 10 auf 8 Proz. heruntersetzt. Das ist nicht nötig gewesen. Der Abschluß hätte es ganz gut gestattet, die alte Dividende von 10 Proz. zu zahlen. Wenn man die Dividendenermäßigung doch in Kraft treten ließ, so deshalb, weil man es angesichts der Wirtschaftslage für geboten hält, auf Kosten der Dividende den Vortrag zu erhöhen. So trägt die Arbeiterbank diesmal 377.000 Mark vor gegenüber 110.000 Mark im Vorjahre. Demgegenüber erfordert die Zahlung einer Prozentigen Dividende 900.000 Mark. Dem gesetzlichen Reservefonds, der 1930 15 Millionen ausmachte, werden weitere 500.000 Mark — im Vorjahre 300.000 Mark — überwiesen. Den Spezialreserven, Ende 1930 = 1 Million Mark — werden 300.000 Mark zugeführt.

Bilanz- und Ertragsrechnung.

In der Bilanz hat sich der Posten Kasse, Schecks und Zinnscheine von 565.000 Mark auf 1.441 Millionen Mark erhöht; die Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken zeigen eine Erhöhung von 923.000 Mark auf 1.932 Millionen Mark. Gestiegen sind auch die Bestände an eigenen Wertpapieren und zwar von 9.432 Millionen Mark auf 11.64 Millionen Mark. Bei den Konsortialbeteiligungen, also den Beteiligungen an Betrieben, die den Gewerkschaften nahesteht, ist eine Steigerung von 17 Millionen auf 24 Millionen Mark eingetreten.

Ausgegeben hatte die Bank gegen Jahresende fast 170 Millionen Mark, genau 99.514 Millionen, gegenüber 95.260 Millionen Mark im Vorjahre. Die Ausleihungen sind bis über 100 Millionen Mark gestiegen.

In diesem Posten liegt die Bedeutung der Arbeiterbank für die Arbeiter-

bewegung im ganzen. Der Sinn der Arbeiterbank ist doch der, daß sie die Spargelder der Arbeiterschaft sammelt, diese an einen Punkt konzentriert und sie einer Verwendung zuleitet, die im Interesse der modernen Arbeiterbewegung liegt. Dafür kommen zunächst die Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft in Frage. Dahin sind 55,76 Proz. der Ausleihungen der Arbeiterbank — im Vorjahre 39,33 Proz. — gegangen, und zwar an Baugenossenschaften usw. 37,08 Proz. (im Vorjahre 28,01 Proz.), an Bauproduktivbetriebe 3,38 Proz. (2,34 Proz.) und an sonstige, der Güterverteilung dienende Organisationen 15,30 Proz. (8,98 Proz.). Auf öffentlich-rechtliche Institutionen entfallen von den Ausleihungen der Arbeiterbank 39,26 Proz. (im Vorjahre 56,60 Proz.). Daran sind staatliche Stellen mit 5,54 Proz. (3,63 Proz.) beteiligt, provinzielle Stellen mit 1,02 Proz. (3 Proz.), sonstige Kommunalverbände mit 26,55 (44,39 Proz.), kommunale Wirtschaftsbetriebe mit 4,57 Proz. (3,74 Proz.) und Sozialversicherungsinstitute mit 1,58 Proz. (1,84 Proz.). Auf sonstige Kreditnehmer entfallen

4,98 Proz. gegenüber 4,07 Proz. im Vorjahre.

Die ganze Bilanz zeigt, daß die Bank für reichliche Reservestellung gesorgt hat. Die Bilanzsumme selbst macht 184,56 Millionen aus, während sie im Vorjahre 178,99 Millionen betrug.

Der Reingewinn hat sich von 2,109 Millionen Mark im Vorjahre auf 2,137 Millionen gesteigert. Die Ertragnisse werden einschließlich eines Vortrags von 110.000 Mark mit 5,371 Millionen Mark angegeben, während im Vorjahre, bei einem Vortrage von 60.500 Mark, 4,456 Millionen Mark ausgegeben wurden. Die Steuern haben sich, weil diesmal die Dividendenzahlung auf das volle Aktienkapital versteuert werden mußte, von 373.000 auf 951.000 Mark erhöht. Auch bei den Handlungskosten ist eine Steigerung von 1,973 Millionen Mark auf 2,283 Millionen Mark eingetreten, was sich wohl in der Hauptsache durch die Erweiterung der Bank erklären dürfte.

Alles in allem kann man sagen: Der Abschluß der Arbeiterbank bezeugt, daß die Bank das Feuer des Krisenjahres 1930 gut überstanden hat. Das gibt die Gewähr für einen weiteren Ausbau dieses Institutes zum Wohle der Arbeiterbewegung.

Baumwollanbau in Deutschland?

Neue Subventionen gefällig?

Der „notleidenden“ deutschen Landwirtschaft ist großes Heil widerfahren; ihr öffnen sich glänzende Perspektiven für neue Produktionsmöglichkeiten. Ihr Drachentöter der „grünen Front“, die ihr jedes Gramm Gefrierfleisch-einfuhr bekämpft, an die Front! Tod dem Roggenanbau, es lebe der Baumwollanbau! Landwirte, stärkt die „nationalen“ Belange, helft den Reichtum Deutschlands vermehren, macht es vom Ausland unabhängig, indem ihr in

Deutschland Baumwolle anbaut.

In den Zeitungen war zu lesen (z. B. im „Tempo“ vom 11. März 1931), daß man auf dem besten Wege ist, eine deutsche Baumwollzucht ins Leben zu rufen. Ja, man geht noch viel weiter und versteigt sich zu der kühnen Behauptung, daß vielleicht schon in kurzer Zeit eine vollkommen neue und für Deutschland „sehr segensreiche“ Baumwollindustrie im wahren Sinne des Wortes aufblühen werde.

Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, so werden viele mit uns sagen. Wer ist der Tausendkünstler, der den deutschen Baumwollbau hervorzuzaubern will? Ein hiesiger Landwirt aus dem Taunus ist es, der die amerikanische, ägyptische und indische Baumwolle aus dem Sattel heben und niederknurren will, der den Deutschen eine „segensreiche“ Baumwollindustrie verspricht. Jedermann kann sich ausrechnen, daß die deutsche Handelsbilanz dann um Hunderte von Millionen Mark in der Einfuhr erleichtert wird. Im Jahre 1930 mußten wir bekanntlich für 1.845.953 eingeführte Ballen Rohbaumwolle (ohne die eingeführten Baumwollabfälle) 549,1 Millionen Mark bezahlen.

Zur Sache selbst wird gemeldet, daß ein Landwirt aus dem Taunus in aller Stille den wichtigen und schweren Versuch (!) unternommen hat, mexikanische Zucca-Pflanzen auf seinem Gut anzusiedeln, um auf diese Art eine deutsche Baumwollzucht ins Leben zu rufen. Er mußte an seinen Pflanzen, so wird weiter berichtet, viele Kreuzungsversuche unternehmen, mußte jede einzelne Blüte künstlich befruchten, bis er zu einem Erfolg gelangen konnte. Jetzt aber sollen seine Versuche so weit gediehen sein, daß sie ein Baumwollparadies in Deutschland garantieren.

Alle den Leuten in Deutschland, die sich inbrünstig für die Wiedererlangung deutschen Kolonialbesitzes ereifern, wird ein Stein vom Herzen fallen. Sie können jetzt in Deutschland Baumwolle nach Belieben anbauen

und auf Kolonien verzichten.

deren Hauptzweck angeblich sein soll, Baumwolle für die deutsche Industrie zu liefern. Wir geben diesen Leuten noch den guten Rat, um die ganze Sache rentabel zu machen, Neger zu importieren wegen der billigen, pardon, wegen der geübten Arbeitskräfte. Denn wenn die „Hapag“ deutsche Arbeiter durch Chinesen ersetzt, können mit dem gleichen Recht deutsche Baumwollpflanzer Neger verlangen.

Wir werden aber weiter erleben, daß sich in Bälde ein „Komitee zur Hebung des Baumwollanbaues in Deutschland“ der deutschen Öffentlichkeit vorstellen wird, das dann nach berühmtem Vorbild der deutschen Kammerzuchten, Seidenzüchter usw. staatliche Subventionen und Zölle für die junge deutsche Baumwollanbauwirtschaft, aus rein vaterländischen

Interessen selbstverständlich, fordern wird. An diversen Begründungen, wie Unabhängigkeit im Kriegsfall, Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten usw. werden es die Herren vom Komitee nicht fehlen lassen.

Die Versuche des Landwirtes aus dem Taunus in Ehren. Uns scheint aber, daß hier reichlich viel Energie unnütz verpulvert wird. Es ist doch nicht nur unser Geheimnis, daß die ganze Welt Baumwolle in Ueberfluß hat. Macht man doch alle Anstrengungen, mittels Baumwollpropaganda und sonstiger Reklame den Baumwollkonsum zu erhöhen. Man sucht neue Verwendungsmöglichkeiten für Baumwolle und baut bereits Straßen, Häuser und was sonst noch aus Baumwolle. Auf der anderen Seite werden in Amerika und Ägypten Baumwolle verbrannt, Baumwollpflanzen vernichtet, um den Ueberfluß an Baumwolle künstlich einzudämmen und die Preise zu halten. Die ungeahnten Ausnutzungsmöglichkeiten der Kunstseide und anderer künstlicher Fasern (Kunstwolle in England), die an keine Bodenbeanspruchung, an keine künstliche Düngung und vor allen Dingen an keine Witterungseinflüsse, die bei der Zucht von Baumwolle den Hauptfaktor ausmachen, gebunden sind, seien hier nur erwähnt.

Letzten Endes wird die Frage des Baumwollanbaues nicht von nationalen, sondern von kapitalistischen Gesichtspunkten bestimmt. Diese wenigen Gesichtspunkte erwähnen wir nur deshalb, um das Projekt des Baumwollanbaues in Deutschland von einer anderen Seite kennenzulernen. Dessenungeachtet werden aber bald die Kreise, die schon während des Krieges Deutschland durchhalten lassen wollten, den Ruf ertönen lassen: „Deutsche! Verlangt nur Baumwollwaren aus deutscher Baumwolle!“ mf.

Wirtschaftsnotizen

Die Wirkung des Kaufkraftausfalls

Im Monat Februar standen die Warenhausumsätze um 17 Proz. unter denen des gleichen Monats im Vorjahr. Besonders in den Abteilungen für Bekleidung war die Umsatzminderung fühlbar. In den 12 Monaten März 1930 bis Februar 1931 lagen die gesamten Warenhausumsätze um rund 9 Proz. unter Vorjahreshöhe. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in dem Ausfall an Kaufkraft, hervorgerufen durch Lohn- und Gehaltsabzüge und die Arbeitslosigkeit. Warenumschlag und Produktion werden niedrig gehalten, weil es an Absatz fehlt und trotzdem ist ein großer Bedarf vorhanden.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 28. April ist der Beitrag für die 17. Woche fällig

Achtung! Einsendung der Statistikkarten den Monat April betreffend!

Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 25. April 1931. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzufenden.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Aprilbericht für die Märktenstatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Mai 1931 einzufenden ist.

Adressenänderungen

Gau Berlin. Gauleiter: Karl Boigt, Berlin SO. 16, Engelufer 24/25, Aufg. B, IV.

Gau Dresden. Buchholz-Annaberg: Büro: Annaberg i. C., König-Albert-Str. 3 pt.

Leubsdorf: V. Richard Haase, Markbach 30c, Post Flöha-Land (Ga.), K. Paul Raefe, Leubsdorf, Bahnhofstr. 169 k.

Gau Gera. Bad Blankenburg: K. Albert Bodt, Rudolstädter Str. 30.

Plauß. Flöha. Alle Sendungen an: Kurt Fröhche, Erdmannsdorf i. Sa., Neugasse 6.

Seringwalde: K. Hedwig Häufig, Hilmersdorf b. Seringwalde, Nr. 40.

Ausschluß

Das Mitglied Johannes Engelmeier, Gera, Reuterstraße 8, wurde aus dem Deutschen Textilarbeiterverband wegen Streikbruches ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drexler in Berlin. — Verlag: Karl Schröder in Berlin, Remeler Str. 8/9. — Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Gut und billig gekleidet durch die elektrische SINGER und deren Hilfsapparate Für jeden Haushalt unentbehrlich SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Nicht kompliziert, sondern einfach! Einkauf leicht gemacht

Nicht nur auf genormte Waren sollte die Hausfrau ihr Augenmerk richten, sondern sie sollte sich auch in steigendem Maße den Einkauf durch das Eintreten für einheitliche Lieferbedingungen erleichtern. Gerade so wie die Normen unter Führung des Deutschen Normenausschusses in Gemeinschaftsarbeit entstehen, entwickeln sich auch die einheitlichen Lieferbedingungen durch Zusammenarbeit von Herstellern, Verbrauchern und Händlern beim Reichsausschuss für Lieferbedingungen (RAL)*. Es ist die Aufgabe dieser Lieferbedingungen (Bezeichnungsvorschriften, Prüfverfahren usw.), eine gewisse Ordnung auf dem Markt zu schaffen, der heute durch die Anzahl der herumschwirrenden Phantasiennamen, Schlagwörter und Privatmarken unübersichtlicher denn je geworden ist. Kaum übersehbar selbst für den Fachmann, dessen warentkundliche Schulung eine außerordentlich schwere Aufgabe geworden ist. Unübersichtbar vollends für die breiten Kreise der Verbraucher, die dem Wirrwarr mitunter vollständig hilflos gegenüberstehen.

Der Preis als Anhaltspunkt für die Güte der Ware muß versagen, wenn die Qualität

* Ausführungsmaterial erhält jede Hausfrau durch den Reichsausschuss für Lieferbedingungen (RAL), Berlin NW. 6, Luisenstr. 58/59 II. Schon heute sollte sie soweit wie möglich nach Lieferbedingungen einkaufen bzw. von der Nachfrageseite her dazu beitragen, daß ihr Lieferant Ware anbietet, die bestehenden RAL-Vereinbarungen entspricht.

selbst nicht erkennbar ist und wenn Garantien für die Einhaltung bestimmter Gütegrade oder für die Einhaltung bestimmter Mindestforderungen fehlen. Einen Kompaß auf den Fluten des Warenmarktes bilden hier die in Gemeinschaftsarbeit geschaffenen, also auch unter Mitwirkung der Verbraucher zustande gekommenen einheitlichen Lieferbedingungen. Es soll hier nicht auf die allseitige volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Lieferbedingungen eingegangen werden. Nur für die Hausfrau als Einkäuferin sei hervorgehoben, daß solche Lieferbedingungen gewissermaßen eine „gleiche Sprache“ zwischen Verkäufer und Käufer schaffen. Der Einkauf auf Grund solcher Lieferbedingungen erspart Zeit und Geld verschwendendes Herumprobieren und sichert den Bezug technisch einwandfreier Qualitäten, für deren Einhaltung die Unterzeichner der Vereinbarungen — es sind dies die großen Hersteller, Händlerverbände usw. — die Gewähr übernehmen.

Nicht nur an der Erstellung solcher Lieferbedingungen sollten die Hausfrauen mitarbeiten, sondern auch in steigendem Maße für die praktische Anwendung des Geschaffenen Sorge tragen. Auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit sind bereits eine ganze Reihe die Hauswirtschaft interessierender Vereinbarungen zustande gekommen (z. B. Reinleinen, Textilmischungen mit Leinen oder Baumwolle, Lederwaren, Fußbodenanstriche)

Ein „moderner“ Betrieb

Prinzip der Werkleitung: Mittelalterliche Willkürherrschaft

Es wird höchste Zeit, daß man damit beginnt, einmal die Wirkungen der sogenannten Rationalisierung auf den Arbeiter wissenschaftlich zu ergründen, und es dürfte eine dankbare Aufgabe für die Gewerkschaften sein, im Zusammenhang damit Maßnahmen anzunehmen, die der Ausmühung und Ueberanstrengung der menschlichen Arbeitskraft einen Riegel vorschieben.

Wir hören seit einiger Zeit beständig Klagen über die Seidenwickerei von Richard Schubert in Sehma, einem Betrieb, der dem IG. Färbentruft angehört. Der IG. Färbentruft, der jährlich Hunderttausende von Mark für Reklame usw. ausgibt, scheint infolge der Ueberforderung der Produktion und der Suche nach neuen Absatzmöglichkeiten „sparen“ zu müssen. Das „Sparen“ soll zu einer Verbilligung der Produktion führen und hat damit begonnen, daß die Arbeiter bis zu 80 Proz. gesenkt worden sind. Damit sich der Wochenverdienst der Arbeiter nicht im gleichen Maße verringert, zwingt man sie, „mehr“ zu arbeiten. Während zum Beispiel in der Wickelei des Betriebes früher 80 Gänge bei normaler Geschwindigkeit des Maschinenantriebes von fünf Arbeiterinnen bedient worden sind, müssen heute bei erhöhter Geschwindigkeit 80 Gänge von zwei Arbeiterinnen bedient werden. In der Zwirnerei arbeitete früher eine Arbeiterin an einer Maschine mit hundert Spindeln; jetzt müssen zwei Maschinen mit zusammen zweihundert Spindeln bei größerer Schnelligkeit der Maschine von einer Arbeiterin bedient werden.

Dieser Ueberlastung sind die Arbeiterinnen körperlich nicht gewachsen und haben heftig darüber geklagt, daß ihnen bereits nach sechsstündiger Arbeitszeit alle Glieder schmerzen. Zu dieser Ueberlastung kommt eine Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit infolge der ungenügenden Ernährung durch die wesentlich geringeren Arbeitsverdienste. Diese Verhältnisse müssen früher oder später zu einer fühlbaren Belastung der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden. Und deshalb hat die Arbeiterchaft über den Rahmen dieses Betriebes hinaus Interesse daran, zu ver-

langen, daß der Arbeitskraft ein weitergehendes Schutzzutheil wird — eben im Hinblick auf die Bestrebungen, die öffentliche Wohlfahrtspflege und Fürsorge abzubauen. Die Betriebsleitung hat für die Klagen der Arbeiterinnen nur ein Ahsel zu den. „Wer die Leistungen nicht vollbringen kann, muß als „unfähig entlassen werden“. Dieser Anspruch und Anschlag zeugt ebenso von der Rücksichtslosigkeit und Unmenschlichkeit des Kapitalismus, wie die Bemerkung eines Betriebsbeamten der Firma Schubert: „So lange ihr noch rote Backen habt, geht es euch noch viel zu gut.“

Betriebsrätegesetz und Tarifvertrag existieren für diese Firma selbstverständlich nicht. Verwunderlich ist nur, daß die Firma ihre Arbeiter bis heute noch mit Erfolg gegen den Anschluß an die Organisation aufheben konnte. Gerade die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den letzten Wochen sollte den Arbeitern zu denken geben und sie ermutigen, sich nun erst recht der Gewerkschaft anzuschließen, um erfolgreich zu kämpfen gegen Lohnabbau und Ausnutzung der Arbeitskraft.

Wenn der IG. Färbentruft sparen muß, dann kann er das an tausend anderen Dingen, er braucht es nicht zu tun auf Kosten der Volksgesundheit.

Die Herren im Hause

„Wir verbitten uns jede weitere Reklamation.“

Zur weiteren Charakterisierung der famosen Firma Schubert in Sehma veröffentlichen wir zwei Bekanntmachungen, deren grenzenlose Frechheit nur verständlich wird, wenn man weiß, daß die Arbeiter des Betriebes, weil unorganisiert, noch ein willenloses Objekt in den Händen der Betriebsleitung sind.

Es heißt also in Bekanntmachung

Nr. 1:

An die Spuleneinwickler im Versand.

Infolge der bei neuen Akkordsätzen stets gemachten Erfahrungen sehen wir davon ab, den Akkordsatz für das Einwickeln von großen

Holzscheibenspulen irgendwie zu ändern. Die Verdienste der letzten Woche zeigen, daß bei etwas mehr gutem Willen, an dem es zweifellos fehlt, der Lohnsatz richtig ist.

Wir verbitten uns nunmehr jede weitere Reklamation dieserhalb, andernfalls wir die Arbeit von anderen Leuten vornehmen lassen.

Richard Schubert A.-G., Sehma i. Erzgeb.

Nr. 2:

Betr. jugendliche Akkordarbeiter.

Der letzte Tarifvertrag bestimmt, daß ab 1. April auch die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 18 Jahren den höchsten Akkordsatz bezahlt erhalten. Da es etwas Derartiges in den anderen Veredelungsbetrieben der Gegend nicht gibt und unsere Gesteungskosten wieder ganz wesentlich höher wären, kündigen wir hiermit zum 28. März allen Akkordarbeitern im Alter bis zu 18 Jahren das Arbeitsverhältnis auf.

Wir sind aber bereit, das Arbeitsverhältnis ab 30. März fortzusetzen, falls Sie mit Beschäftigung zum tariflichen Stundenlohn einverstanden sind. Sollte dies nicht der Fall sein, dann bitten wir 8 Tage vorher um Meldung, damit die Papiere fertig gemacht werden können.

Richard Schubert A.-G., Sehma i. Erzgeb.

Wie muß es in den Köpfchen der Betriebsleiter dieser Firma aussehen, die glauben, mit dieser Willkürherrschaft auf die Dauer Erfolg zu haben! Auch im Betrieb Schubert A.-G. wird der Organisationsgedanke einziehen und damit dem Uebermut der Leitung ein Ende bereiten.

Eine lehrreiche Statistik zur Arztfrage

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurde auch der Versuch unternommen, die Arztfrage in der Krankenversicherung besser als bisher zu regeln. Sie legte die allgemein anerkannten Berufspflichten der Kassenärzte genauer fest und gab den Aufsichtsbehörden die Ermächtigung zu besonderen Maßnahmen dort, wo zum Beispiel die Zahl der Kassenärzte oder die Ausgaben für die Krankenpflege in einem auffälligen Mißverhältnis zu dem den natürlichen Umständen entsprechenden Bedürfnissen stehen. Außerdem erfuhr das Vertragsarztsystem eine Ausgestaltung. Es soll hier nur mit wenigen Zahlen festgehalten werden, in welchem Mißverhältnis die Zunahme der Bevölkerung zu der Zahl der Ärzte und das Angebot der ärztlichen Tätigkeit zu der Nachfrage stehen.

Ärzte in Deutschland im Jahre			
	1883	1906	1930
Zahl der Ärzte	15 100	31 300	50 000
Auf einen Arzt kommen			
Einwohner	3 047	1 952	1 272
Auf 100 Quadratkilometer wohnen	2,79	5,80	10,7

Die Bevölkerung hat in diesem Zeitraum 1883 bis 1930 nur um rund 39 Proz. zugenommen, die Zahl der Ärzte hat sich dagegen um rund 231 Prozent erhöht. Wenn man auch berücksichtigt, daß wegen der längeren durchschnittlichen Lebensdauer, durch den Ausbau der Sozialversicherung und aus anderen Gründen mehr Ärzte beschäftigt werden können als früher, so bleibt das Mißverhältnis doch noch riesengroß.

Die Statistik zeigt eindeutig, daß nicht, wie aus der Ärztepresse zu entnehmen ist, die Krankenversicherung und ihre Träger an der verschlechterten wirtschaftlichen Lage des Arztstandes schuld sind. Den Ärzten würde es heute noch viel schlechter gehen, wenn nicht pro Jahr eine halbe Milliarde Mark an Honorar von den Krankenversicherungen aufgebracht würde.

M. Krüger, Berlin.

(Entnommen aus dem 7. der halbmonatlich erscheinenden „Vollständigen Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“, Reichsversicherungsamt durch die Post 30 Pf., Verlag Berlin S. D. D., Praterstraße 49-51.)

Die Aprilnummer der „Textilarbeiter-Jugend“ ist soeben erschienen!

Aus dem Inhalt: Den Jüngsten zum Gruß! — Kann ein vernünftig denkender Arbeiter der RSDAP. angehören? — Wenn zwei daselbe tun. — Vorschläge für unsere Jugendzeitung. — Das Schattenspiel. — Dies und das. — Aus der Gruppenarbeit. — Mitteilungen. — Bücher- und Filmbesprechung.

Fachtechnischer Teil: Der mechanische Webstuhl. — Etwas über die Seide. — Vom Berufsstolz der Textilarbeiter.

Jeder junge Textilarbeiter unter 20 Jahren sollte diese interessante und reich illustrierte Zeitung vom Unterfasser verlangen.

Die Frau in der Verbandsarbeit

Ihr Anteil am Erfolg — Von Else Weber

Daß die Textilarbeiterinnen im Gau Gera schon immer als Mitarbeiterinnen an der Verbesserung der Lebenshaltung der Textilarbeiterschaft ihre Beachtung fanden, zeigt, daß bereits beim Gründungsfest des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes 1891 in Böhmisch von den 4 delegierten Kolleginnen zwei Kolleginnen aus dem Gau Gera waren. Das mag darin seine Begründung finden, daß für die Herren- und Damenstoffweberei, die auch schon damals für den Gau Gera als Hauptbranche in Frage kam, die Arbeiterinnen 60 Proz. der Beschäftigten stellen und davon 80 Proz. als Facharbeiter tätig sind. Nicht zuletzt ist auch hier die Arbeitsleistung der Frau ein Grund dafür, daß bei Neueinstellungen vom Unternehmer die weibliche Arbeitskraft gern bevorzugt wird. Die Kolleginnen haben es besonders in der Nachkriegszeit verstanden, mit Hilfe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre Löhne auf 85 Proz. vom Männerlohn festzusetzen.

In den Betrieben der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien ist das Beschäftigungsverhältnis umgekehrt, hier übersteigt die Zahl der männlichen Beschäftigten die der weiblichen, aber auch hier versuchen die Unternehmer immer mehr die Frauen auch mit schweren Männerarbeiten zu beschäftigen. Hinzu kommt noch, daß die Beschäftigten in dieser Branche durch dauernde Arbeit in Rässe und mit chemischen Mitteln großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind und unsere Betriebsräte mit Hilfe der Gewerbaufsichtsämter bemüht sind, hier Erleichterung zu schaffen.

Im nachfolgenden geben wir eine Aufstellung über alle Branchen und Beschäftigten im Gau Gera nach dem Stand vom 1. Quartal 1930.

Sächs. Thür. Webereien einsch. der Tuchindustrie in Böhmisch und Neustadt a. d. Orla	männl.		weibl.	
Konvention Sächs.-Thür. Färbereien	3147	1515		
Kamm- und Strickgarnspinnerei	581	1563		
Leppichindustrie			1365	1231
Juteindustrie			725	1473
Kunstseidenpinnerei			446	681

Aber nicht nur in ihrer Arbeitsleistung im Betrieb stehen unsere Kolleginnen „ihren Mann“, sondern auch in ihren Leistungen für den Deutschen Textilarbeiter-Verband.

Daß der Gau Gera mit seiner Beitragsleistung mit 89,8 Pf. im Januar 1931 im Verbandsgebiet an der Spitze steht, ist nicht zuletzt auf die Erkenntnis der Kolleginnen zurückzuführen, daß man sich nur durch hohe Beitragsleistungen seine Lebenslage verbessern kann.

Bei der Werkarbeit, sei es im Betrieb, sei es Hausagitation, helfen unsere Kolleginnen ebenfalls tüchtig mit und nur so war es möglich, nachfolgenden Mitgliederstand zu erreichen:

Mitgliederentwicklung im Gau Gera		
	männl.	weibl.
1. Quartal 1904	4232	1641
2. - 1914	5387	5423
2. - 1930	7615	11344

In diesem Mitgliederanstieg liegt die ungeheure Kleinarbeit unserer treuen Verbandsfunktionäre, die gar nicht genug gewürdigt werden kann, die von unseren Kollegen trotz Belastung durch Hausarbeit noch durchgeführt wird.

In fünf Arbeiterinnenkommissionen und -gruppen wird die Bildungsarbeit innerhalb der Kolleginnen durchgeführt.

Unsere Kolleginnen arbeiten mit im Verbandsrat, im Hauptvorstand, im Gauvorstand und in den Vorständen der einzelnen Ortsgruppen.

Mit letzterem soll bewiesen sein, daß die Kolleginnen im Gau Gera ihre Position von 1901 nicht nur gehalten sondern noch erweitert haben.



Die Kammgarnspinnerei

Sechste Besprechung: Das Kämmen

In der letzten Abhandlung haben wir die Besprechung der Vorstrecke zu Ende geführt, wobei wir uns die Bewegungsmechanismen näher angesehen haben. Im folgenden wollen wir uns mit dem Arbeitsgang, nach dem die ganze Art der Spinnerei ihren Namen hat, beschäftigen, nämlich mit dem Kämmen selbst.

Entfernung aller Verunreinigungen und kurzen Fasern.

Das Kämmen der Wolle bezweckt, alle die Verunreinigungen, die in den vorhergehenden Arbeitsgängen nicht entfernt

worden sind und die pflanzlichen Ursprünge sind, vollends restlos aus der Wolle herauszuarbeiten; außerdem sollen kurze Fasern und Fasernoppen ausgeschleudert werden. Kammgarn, das Endprodukt der Kammgarnspinnerei, soll ein möglichst glatter Faden sein. Deshalb müssen die Fasernenden, die immer aus dem Garn etwas herausstehen, verringert werden, was am besten dadurch geschieht, daß man zum endgültigen Kammgarn nur verhältnismäßig lange Fasern verarbeitet. Dann ist der prozentuale Anteil an Fasernenden natürlich wesentlich geringer, als wenn auch alle kurzen Fasern mit in das Garn kommen, wie es beim Streichgarn der Fall ist.

Unter Hefelfeld hat man in dem besprochenen Fall natürlich kein Feld mit groben Eisenzähnen zu verstehen, wie es etwa bei der Flachspinnerei angewandt wird, sondern unter Hefelfeld ist eine Reihe Nadelstäbe gemeint. Um nun den Teil, der nicht ausgekämmt wurde, auch noch auszukämmen, was namentlich bei feinen Wollen nötig war, wurde einfach zweimal gekämmt, wobei die Lage des Wollbarts im Hefelfeld etwas anders gewählt wurde als beim erstenmal, so daß die Stelle, die vorher nicht ausgekämmt war, entweder ins Hefelfeld oder in den Handkamm kam.

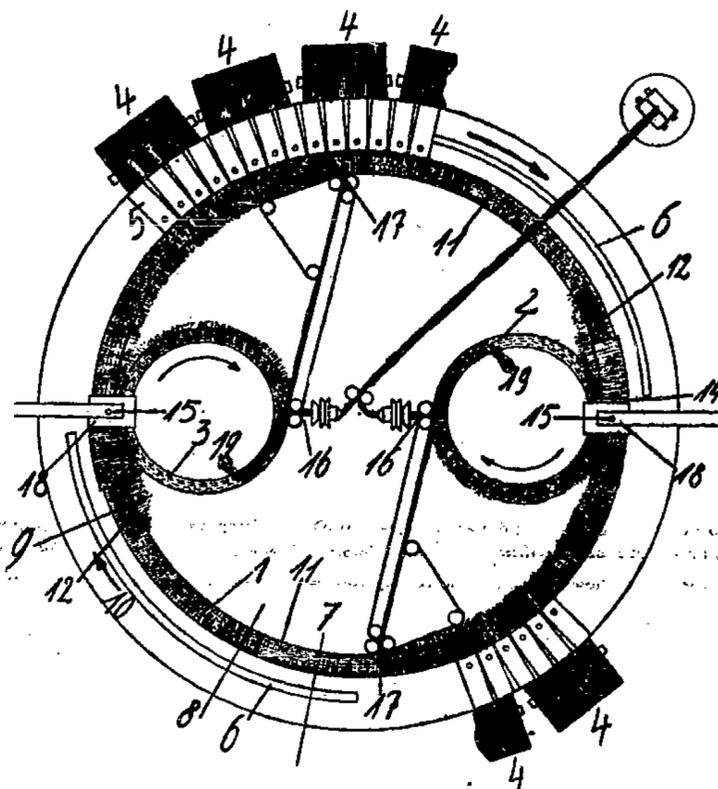


Abb. 1. Draufsicht auf eine Noble-Kämmmaschine mit zwei Arbeitsstellen (schematisch gezeichnet)

nigungen und kurze Fasern, die diesem Teil anhafteten, entfernt. Der so gereinigte Faserbart wurde dann erfaßt und aus dem Hefelfeld herausgezogen. Durch das Herausziehen des Wollbarts aus dem Hefelfeld wurde dieser durch das Hefelfeld selbst ausgekämmt, so daß so ziemlich die ganze Wolle gekämmt war. Ein kleiner Teil blieb ungekämmt, und zwar deshalb, weil der Handkamm nicht nahe genug am Hefelfeld eingefügt werden konnte.

Die Kämmaschinen.

Dieses Prinzip der Kämmerei, auf mechanische Weise durchgeführt, liegt Kammmaschinen zugrunde, die auch heute noch verwendet werden, und zwar vor allem in England. In Deutschland werden diese Maschinen nur für grobe Wollen noch verwendet. Es sind dies die Noble-Maschinen. In Deutschland wird dagegen mehr der umgekehrte Prozeß verwandt, indem man den Handkamm feststellen läßt und das Hefelfeld bewegt. Diese Maschinen sind die Maschinen der Elsassischen Maschinenbau-Gesellschaft oder die von Schlumberger. Bei den Noble-Maschinen ist das Hefelfeld und die anderen arbeitenden Organe in einem Kreis angeordnet. Man spricht deshalb auch von Rundkämmmaschinen, im Gegensatz zu der anderen Maschinentype, die Flachkämmmaschine heißt.

Die Rundkämmmaschinen haben die Eigenschaft, daß sie vielmehr als die Flachkämmmaschinen nach dem Prinzip des Handkämmens arbeiten, da sie ein kleines Stückchen der Wolle ungekämmt lassen. Sie kämmen nicht rein, wie der Flachausdruck heißt. Bei den Flachkämmmaschinen dagegen ist dieser Mangel behoben. Bei den Noble-Maschinen half man sich teilweise dadurch, daß die Wolle, die verarbeitet werden sollte, vorher karbonisiert wurde. Da aber das Karbonisieren eine für die Wolle gefährliche Arbeit ist, wird davon immer mehr abgegangen, so daß man heutzutage kaum mehr karbonisierte Wolle in der Kammgarnspinnerei verarbeitet. Da die Rundkämmmaschinen vor allem für gröbere Wollen verwendet werden, ist der Fehler des Nicht-ganz-rein-Kämmens auch nicht allzu schlimm. Die neueren Maschinen haben zudem die beiden arbeitenden Kammpartien so nahe aneinander stehen, daß das Stückchen ungekämmt Wolle verhältnismäßig klein wird. Allerdings ist durch das Nebeneinanderstehen der Kammpartien die Maschine sehr empfindlich auf etwaige Beschädigungen, denn einige ver-

bogene Nadeln können zu großen Zerstörungen führen.

Die Noble-Kämmmaschine.

Die Noble-Kämmmaschine, die wir uns im folgenden etwas näher ansehen wollen, besteht aus einem großen Kamming, der in Abb. 1 mit 1 bezeichnet ist, und zwei kleinen Kammingen, die mit 2 und 3 bezeichnet sind. Der große Ring 1 hat nun verschiedene Nadelreihen, die je nach Art der zu verarbeitenden Wolle dichter oder weniger dicht stehen. Es sind etwa 9 bis 11 solche Nadelreihen auf dem großen Kamming. Die innerste Nadelreihe ist etwa dreimal so dicht gesetzt wie die äußerste, denn der Kämmprozeß spielt sich so ab, daß die Fasern von außen nach innen gezogen werden. Durch die verschiedene Dichte der Nadeln wird dann eine schonende Behandlung des Materials erzielt. Außerhalb des Kamminges sitzen Wickelspulen, die in der Abbildung mit 4 bezeichnet sind, und zwar um den ganzen Umfang des Kamminges. Diese Wickelspulen werden jeweils aus vier Streckbändern gebildet. Die Bänder kommen dann von den Spulen durch die Kluppen 5. Die Kluppen haben die Zuführung der Wolle zu besorgen. Der Arbeitsgang dieser Zuführung ist nun in Abb. 2 gekennzeichnet und ist kurz folgender:

Man muß sich denken, daß aus der Kluppe, die aus zwei Teilen besteht, dem Unterteil 1 in Abb. 2a und dem beweglichen schweren Dedel 2, ein Wollbüschel, das im Zusammenhang mit der Nunte 3 ist, heraussteht. In Abb. 1 sehen wir nun eine Schiene 6, die wir auch in Abb. 2 mit 6 bezeichnet haben. Abb. 2a stellt einen Durchschnitt, etwa an der mit 7 bezeichneten Stelle von Abb. 1 dar. Abb. 2b einen Durchschnitt etwa bei 8 und Abb. 2c einen Durchschnitt etwa bei 9. Die Schiene 6 ist nach Richtung 10 ansteigend. Die Kuppe 1/2 hat zunächst die in Abb. 2a gezeichnete Lage, dann läuft sie auf die Schiene 6 auf. Gleichzeitig drückt eine Schiene 11, die wir in Abb. 2b sehen, die Wolle fest auf den Rand des Kamminges.

Da die Wolle nun durch die Schiene 11 festgehalten ist, so muß sie, wenn die Kuppe 1/2 gehoben wird, durch die Kuppe hindurchrutschen, das heißt die Wolle wird nachgezogen. Die Schiene 11 geht, wie in Abb. 1 deutlich zu sehen ist, nicht so weit wie die Schiene 6. Dadurch wird dann die Wolle, solange die Kuppe nach oben steht, wieder freigegeben und kommt über die Nadelringe zu liegen. Diese Stellung ist in Abb. 2c gezeichnet. Die Wolle würde sich natürlich nicht ohne weiteres aus den Nadelringen herausheben. Es sind deshalb zwischen die Nadelringe ansteigende Bleche gesetzt, die in Abb. 2c mit 12 bezeichnet sind und die auch in Abb. 1 unter der gleichen Ziffer ein-

mit 14 bezeichnete Stelle. Bei 15 sind die beiden Kamminge, der innere und der äußere, ganz eng beieinander. In dieser Stelle wird nun die Wolle durch eine schnell auf- und abgehende Bürste 18 in die beiden Kamminge eingeschlagen. Die Kamminge drehen sich dabei ununterbrochen weiter, und zwar der innere und der große äußere mit der gleichen Umfangsgeschwindigkeit. Da die Durchmesser der Kamminge wesentlich verschieden sind, entfernen sich die beiden Umfänge sehr bald wieder voneinander; die zwischen den Kammingen liegende Wolle wird also entweder aus dem einen oder anderen Kamming herausgezogen und verbleibt zunächst im anderen. Durch die kreisende Bewegung der Kamminge werden dann die herausstehenden Fasernenden beim kleinen Kamming an die Stelle 16, beim großen Kamming an die Stelle 17 geführt. An diesen beiden Stellen sind Abzugswalzen und Abzugstriebe angeordnet, die die Fasernenden und die Wolle aus den Kammingen herauszieht. Herausgezogen werden natürlich nur die Fasern, die mit ihren Enden herausstehen, die anderen Fasern verbleiben in den Kammingen. Die Fasern, die im inneren Kamming liegen bleiben, kommen in den Abfall, etwa bei 19, die Fasern, die im äußeren Kamming liegen geblieben sind, werden durch die schon erwähnten Aushebebleche

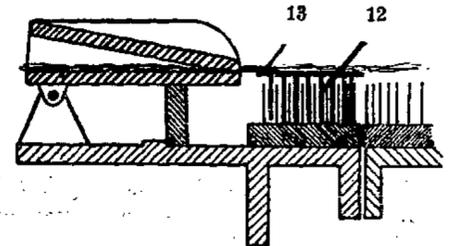


Abb. 2c. Zuführkluppe kurz vor dem Einschlagen des Wollbarts in die Kamminge

wieder hochgehoben, durch die Speifung vorgeschoben und kommen beim nächsten Einschlag in den inneren Kamming, wo sie, wenn sie kurz genug sind, in den Kamming kommen.

In der gezeichneten Anordnung sind zwei Arbeitssysteme vorhanden, das eine rechts, das andere links. Die herausgezogenen guten gekämmten Fasern werden durch zwei Drehrichter zu einem Band vereinigt, die beiden Bänder, die von jeder Arbeitsstelle kommen, werden wieder zusammengenommen und laufen in eine Kanne ein, wie wir sie schon bei der Baumwollspinnerei kennen gelernt haben. Die Fasern werden bei diesem System entweder vom äußeren Ring oder vom inneren Ring ausgekämmt, und nur die Stelle, die zwischen den beiden Ringen liegt, wird nicht gekämmt. Ein „Reinkämmen“ besorgt also diese Maschine nicht.

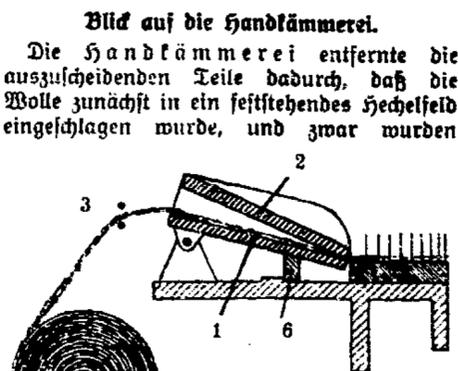


Abb. 2a. Zuführkluppe nach dem Auskämmen, vor dem Speifen

Faserbarte, die der Länge der Fasern entsprechen, eingeschlagen. In dem Hefelfeld hat nun die Faser eine geringe Reibung. Ein Teil der Fasern, nämlich die, die beim Einschlagen in der Hand gehalten wurden, standen noch aus dem Hefelfeld heraus. Nun wurden diese Fasern mit einem Handkamm ausgekämmt. Dabei wurden alle Verunrei-

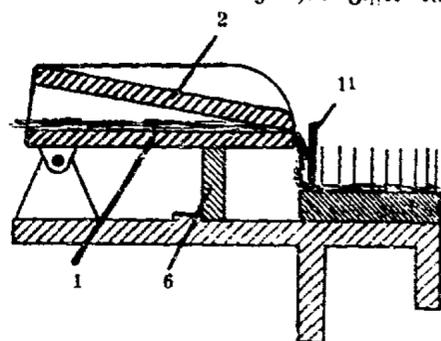


Abb. 2b. Zuführkluppe während des Speifens

gezeichnet sind. Da die Wolle erst wieder in die Kämme kommen soll an der Stelle, wo sie ausgekämmt wird, ist als Verlängerung der Aushebebleche 12 ein waagrecht Blech 13 angeordnet, das als Tragblech für die Wollfasern dient. Das Tragblech geht in Abb. 1 bis etwa an die



Die Unfallversicherung... Verband der Deutschen... (Small text at the bottom right)

